

Schaumburger Nachrichten

Montag, 25. Oktober 2021 | Nr.249 | 43. Woche

1,70 € | www.sn-online.de

WIR SIND FÜR SIE DA!
Terminabsprache erbeten



31675 Bückeburg · Lange Str. 57
05722-25544

facebook/DiebrilleAugenoptik

PARTNER IM REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND RND



FEUER IN WOHNUNG
Frau und Katze gerettet

» RINTELN | 18



SPITZENREITER
MTV Rehren schlägt VfL II

» LOKALSPORT | 21

FOTO: DPA



PLEITE IN REGENSBURG

Hannover 96 verliert 1:3 beim SSV Jahn

Im Tabellenkeller / Ordentliche zweite Halbzeit reicht nicht

» SPORT | 27

EINWOHNERSTATISTIK

Bevölkerungszahl in Schaumburg sinkt weiter

» LANDKREIS | 6

TROTZ LOCKERUNG

Zutritt oft nur für Geimpfte, Getestete oder Genesene

» STADTHAGEN | 7

RENTE SICHER?

Experten warnen vor Finanzierungslücken

» TAGESTHEMEN | 2



HEUTE 13 / 9°
MORGEN 13 / 7°

» WETTER | 12

sn-online.de
HEUTE IM NETZ

Strenge Regeln:

2G bei Kulturveranstaltungen angebracht?

Diskutieren Sie mit!

www.facebook.com/SchaumburgerNachrichten

LOTTO AM SAMSTAG

6 aus 49: 1-10-19-22-26-28

Superzahl: 2

Spiel 77: 2776219

Super 6: 093940

(ohne Gewähr)



Leser-Service 0800/1234021
– kostenfrei –

Anzeigen E-Mail 0800/1234022
sn@madsack.de



4 190454 301702 1 00 4 3

Umweltminister will Klimaziele verschärfen

Lies hält Gesetz von Ende 2020 nicht mehr für ausreichend – Fotovoltaikpflicht?

VON MICHAEL B. BERGER

HANNOVER. Niedersachsens Klimaschutzpläne werden womöglich noch in dieser Wahlperiode verschärft. Umweltminister Olaf Lies (SPD) will ein neues Klimagesetz verwirklichen, das dem Land ehrgeizigere Ziele setzt als bislang. Der Koalitionspartner CDU zeigt sich gesprächsbereit.

Lies schlägt vor, den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken, vor allem auf dem flachen Land. „Hier brauchen wir eine höhere Qualität und Quantität. Ein Zwei-Stunden-Takt im ländlichen Raum ist kein ernsthaftes Angebot“, betonte Lies. Vielmehr müssten neben der Einführung einer Mindesttaktung intelligentere Modelle für On-Demand-Verkehre, Sammeltaxis oder auch Bürgerbusse erprobt und zukünftig schrittweise flächendeckend angeboten werden. Das

Land müsse zudem bei der Förderung von Unternehmen stärker darauf achten, ob Subventionen aktiv zum Klimaschutz beitragen, so der Umweltminister. Schärfere Beschränkungen sollte man auch beim gesetzlich erlaubten Verbrauch von Flächen einführen. Hierzu müsste das Naturschutzgesetz angefasst werden.

Das bisherige, erst im Dezember 2020 verabschiedete Klimagesetz nannte Lies „ambitioniert, aber nicht gerade überambitioniert“. Die Opposition hatte an dem Gesetz heftige Kritik geübt. Es gibt vor, das Niedersachsen bis 2050 klimaneutral sein soll.

Lies betonte, es bestehe schon deshalb Handlungsbe-

darf, weil das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich eine konkretere Klimagesetzgebung verlange. „Da wollen wir als Land natürlich unseren Teil beitragen. Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt.“

„Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt.“

Olaf Lies
Umweltminister in Niedersachsen

Umweltminister. Ein Thema sei in der Regierungskoalition mit der CDU in Hannover schon angesprochen worden: die Verpflichtung, bei privaten Neubauten Fotovoltaik aufs Dach zu setzen. „Wir müssen natürlich auch als Land mit gutem Beispiel vorangehen und in unsere eigenen Immobilien wie auch die eigenen Fahrzeuge investieren“, sagte

der SPD-Politiker. Dies sei angesichts steigender Energie- und Baukosten nicht zuletzt wirtschaftlich geboten. „Wenn wir jetzt nicht forciert investieren, wird es am Ende teurer für das Land – und für die Steuerzahlerinnen und -zahler.“ Wie viel das Land in den kommenden Jahren investieren müsse, sagte der Minister indes nicht. Lies will seine Pläne Anfang kommenden Jahres in den Landtag bringen.

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer, bezeichnete Lies' Vorhaben als „von den Zeitläuften her sehr ehrgeizig“. Die Wahlperiode endet in knapp einem Jahr. „Dass wir in allen Bereichen Konkretisierungsbedarf bei der Erreichung der Klimaziele haben, ist unstrittig“. Man müsse nun in einer zweiten Runde aber konkret darstellen, was man vorhabe und was das koste.

Erdogan droht Botschaftern

ESKISEHIR. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit der angedrohten Ausweisung von zehn Botschaftern die Beziehungen des Westens zur Türkei vor eine neue Belastungsprobe gestellt. Die betroffenen Staaten, darunter Deutschland und die USA, berieten am Sonntag über eine angemessene Reaktion. Erdogan hatte zuvor im westtürkischen Eskişehir gesagt, er habe das Außenministerium angewiesen, die zehn Botschafter zur „Persona non grata“ zu erklären. Ein solcher Schritt bedeutet in der Regel die Ausweisung der Diplomaten.

Hintergrund der Äußerungen Erdogans ist eine Erklärung der Botschafter von Anfang der Woche. Darin fordern sie die Freilassung des türkischen Unternehmers und Kulturförderers Osman Kavala. Der 64-Jährige sitzt seit 2017 in Istanbul in Untersuchungshaft. Ihm wird unter anderem „politische und militärische Spionage“ vorgeworfen. » Seite 4

Ein Do-it-yourself-Haus im Problemviertel

Bremerhaven versucht sich an neuem Projekt zur Stadtentwicklung – und setzt auf Engagement

VON JANET BINDER

BREMERHAVEN. Nach niederländischem Vorbild hat die Stadt Bremerhaven im Problemviertel Goethequartier ein neues Projekt zur Stadtentwicklung initiiert: Aus einer ehemaligen Schrottimobilie wird derzeit ein Klushuizen, ein Do-it-yourself-Haus. Die städtische Wohnungsgesellschaft Stäwog hat das Gebäude aus der Gründerzeit gekauft und die äußere Hülle saniert. Nun bietet sie die acht entkernten Wohnungen Menschen preisgünstig an, die Geld für den Ausbau mitbrin-

gen und sich im Viertel engagieren wollen. Wände müssen gesetzt, Wasser- und Stromleitungen verlegt, Heizkörper, Bad und Küche installiert werden. „Es geht uns nicht um Rendite, sondern um Quartiersentwicklung“, sagt Markus Wickmann von der Stäwog.

Im Goethequartier in Bremerhaven-Lehe lebt jedes zweite Kind in Armut, jeder dritte Erwerbsfähige ist hier arbeitslos, die Anzahl der verwaarlosten Immobilien ist hoch – dazu gehörte auch das von der Stäwog auf den Namen „Louis“ getaufte Mehrfa-

milienhaus. Kaufinteressenten für die bis zu 66 Quadratmeter großen Wohnungen im Klushuizen-Projekt können sich noch bis zum 31. Oktober bewerben.

„Uns ist wichtig, dass da Menschen einziehen, die hier leben und sich engagieren möchten“, sagt Stäwog-Mitarbeiterin Sabine Septinus. In Rotterdam startete das Klushuizen-Projekt 2004 als Experiment, um Menschen aus höheren sozialen Schichten in einem Problemviertel anzusiedeln. Das Konzept etablierte sich in anderen niederländischen Städten – und schwappt



Ein „Do-It-Yourself“-Haus fürs Problemviertel.

FOTO: SINA SCHULTD/DPA

nun rüber nach Deutschland. In Gelsenkirchen etwa wurden auch schon ähnliche Modellprojekte angeschoben, ein Klushuizen könnte folgen. „Man muss nur aufpassen,

dass man die neuen Bewohner nicht überfordert mit dem Ausbau“, meint Helga Sander, die Geschäftsführerin der dortigen Stadterneuerungsgesellschaft.